

16. Wahlperiode

Vorlage – zur Kenntnisnahme –

**Stellungnahme des Senats zu dem Volksbegehren
„Wahlfreiheit für Gäste und Wirte –
kein Rauchverbot in Berliner Gaststätten“**

Die Drucksachen des Abgeordnetenhauses können über die Internetseite

www.parlament-berlin.de (Startseite>Parlament>Plenum>Drucksachen) eingesehen und abgerufen werden.

Der Senat von Berlin
SenGesUmV I B 32 (V)
Fernruf: 9028 - 1729

An das
Abgeordnetenhaus von Berlin

über Senatskanzlei - G Sen -

V o r l a g e
- zur Kenntnisnahme -

des Senats von Berlin
über Stellungnahme des Senats zu dem Volksbegehren „Wahlfreiheit für Gäste und Wirte – kein Rauchverbot in Berliner Gaststätten“

Der Senat legt nachstehende Vorlage dem Abgeordnetenhaus zur Besprechung vor:

1. Bezeichnung des Volksbegehrens, Prüfung der Unterstützungsunterschriften

Die Trägerin des Volksbegehrens „Wahlfreiheit für Gäste und Wirte – kein Rauchverbot in Berliner Gaststätten“ hat am 30. April 2008 der Senatsverwaltung für Inneres und Sport einen Antrag auf Zulassung eines Volksbegehrens und Unterschriftsbögen mit dem Entwurf eines Gesetzes übergeben.

Die Bezirksämter haben am 30. April 2008 die Unterschriftsbögen zur Überprüfung der Unterschriften erhalten. Die Bezirksämter haben der Senatsverwaltung für Inneres und Sport bis zum 14. Mai 2008 die Zahl der gültigen Unterschriften mitgeteilt. Insgesamt wurden 23.252 Unterschriften als gültig anerkannt. Damit ist der Nachweis nach Artikel 62 Abs. 3 Satz 1 in Verbindung mit Artikel 63 Abs. 1 Satz 1 der Verfassung von Berlin erbracht, dass der Antrag die erforderliche Unterstützung von mindestens 20.000 Wahlberechtigten erhalten hat.

2. Zulässigkeit des Volksbegehrens

Die Senatsverwaltung für Inneres und Sport hat die gesetzlichen Voraussetzungen geprüft und festgestellt, dass die formalen Anforderungen an ein Volksbegehren erfüllt sind:

Volksbegehren können darauf gerichtet werden, Gesetze zu erlassen, zu ändern oder aufzuheben, soweit das Land Berlin die Gesetzgebungskompetenz hat (Artikel 62 Abs. 1 Satz 1 der Verfassung von Berlin). Das Volksbegehren zielt darauf ab, das Berliner Nichtraucherschutzgesetz zu ändern. Sein Gegenstand ist ein konkreter Gesetzentwurf. Damit ist der zentrale Inhalt des Volksbegehrens zulässig.

Ein Tatbestand nach Artikel 62 Abs. 2 der Verfassung von Berlin, der zur Unzulässigkeit des Volksbegehrens führen würde, liegt nicht vor.

Die Trägerin des Volksbegehrens - die „Initiative für Genuß Berlin“ - ist eine mit Adresse benennbare Personenvereinigung nach § 13 des Gesetzes über Volksinitiative, Volksbegehren und Volksentscheid.

Die Trägerin des Volksbegehrens hat in ihrem Antrag fünf Vertrauenspersonen zu den Vertretern des Volksbegehrens bestimmt; diese sind in dem Antrag mit Namen und Wohnsitz

aufgeführt (§ 16 Abs. 1 Satz 1 und Abs. 2 des Gesetzes über Volksinitiative, Volksbegehren und Volksentscheid).

Der Antrag und der Gesetzentwurf sind schriftlich eingereicht worden.

3. Darlegung des inhaltlichen Standpunkts des Senats zu dem Volksbegehren

Der Senat lehnt das Volksbegehren ab.

Ziel des am 1. Januar 2008 in Kraft getretenen Nichtraucherschutzgesetzes ist ein wirksamer Schutz der Bürgerinnen und Bürger vor den Gesundheitsgefahren durch Passivrauchen. Insbesondere sind Kinder und Jugendliche, Kranke, Schwangere und Behinderte vor den gefährlichen Passivrauchbelastungen zu schützen. Die Schaffung rauchfreier Räume schützt die Gesundheit der nicht rauchenden Bevölkerungsmehrheit, indem sie die gesundheitlichen Risiken durch Passivrauchen reduziert. Gleichzeitig soll als Nebeneffekt eindämmend auf das Rauchverhalten der Raucher eingewirkt werden und somit die Gesundheit der rauchenden Bevölkerung gefördert werden (vgl. § 1 des Nichtraucherschutzgesetzes sowie die entsprechende Einzelbegründung). Zur Erreichung des Gesetzeszweckes ist eine konsequente Umsetzung der gesetzlichen Regelungen zum Rauchverbot unabdingbar.

Insgesamt war es ein gewichtiges Anliegen des Gesetzgebers, die Ausnahmen des Rauchverbots auf ein Minimum zu reduzieren. Ausnahmen wurden ausschließlich dort aufgenommen, wo es der Verhältnismäßigkeitsgrundsatz erforderte (vgl. Einzelbegründung zu § 4 des Nichtraucherschutzgesetzes). Eine Zulassung weiterer Ausnahmen vom Rauchverbot würde zu einer Aushöhlung des Gesetzeszweckes, der in dem wirksamen Schutz der Bürgerinnen und Bürger vor den Gefahren des Passivrauchens liegt, führen.

Aus Sicht des Senats wird mit dem Nichtraucherschutzgesetz für die Berlinerinnen und Berliner ein optimaler Schutz vor den Gefahren des Passivrauchens erreicht, den die Bürgerinnen und Bürger insgesamt positiv annehmen.

Zwar haben Verfassungsgerichtshöfe in einigen Bundesländern im Wege einer einstweiliger Anordnungen Ausnahmen vom Rauchverbot für Einraumgaststätten vorläufig ausgesprochen, die Entscheidungen beruhen jedoch lediglich auf einer Folgenabwägung. Eine umfassende verfassungsrechtliche Prüfung haben die Verfassungsgerichtshöfe dabei nicht vorgenommen.

4. Auswirkungen auf die Kosten der Privathaushalte und Wirtschaftsunternehmen, Auswirkungen auf die Zusammenarbeit mit dem Land Brandenburg und Auswirkungen auf den Haushaltsplan und die Finanzplanung ergeben sich durch die ablehnende Entscheidung des Senats nicht.

5. Auf die folgenden Anlagen wird verwiesen:

- a) Antrag auf Volksbegehren „Wahlfreiheit für Gäste und Wirte – kein Rauchverbot in Berliner Gaststätten“
- b) Muster des Unterschriftsbogens
- c) Übersicht über das Ergebnis der Überprüfung der Unterstützungsunterschriften
- d) Artikel 62 bis 63 der Verfassung von Berlin und §§ 10 bis 17 des Gesetzes über Volksinitiative, Volksbegehren und Volksentscheid.

Berlin, den 27. Mai 2008

Der Senat von Berlin

Klaus Wowereit
Reg. Bürgermeister

Katrin Lompscher
Senatorin für Gesundheit,
Umwelt und Verbraucherschutz



Initiative für Genuß Berlin
c/o Kneipe Kasiske • Schreinerstraße 50 • 10247 Berlin

Senatsverwaltung für Inneres
Herrn Senator Körting
Klosterstraße 47

10179 Berlin

Initiative für Genuß Berlin
c/o Kneipe Kasiske
Schreinerstraße 50
10247 Berlin
(0176) 279 195 30 mobil
genuss-berlin@gmx.de email
www.genussinitiative-berlin.de

Antrag auf Einleitung des Volksbegehrens „Wahlfreiheit für Gäste und Wirte – kein Rauchverbot in Berliner Gaststätten“

Sehr geehrter Herr Körting,

Berlin, den 30. April 2008

wir beantragen hiermit die Einleitung des Volksbegehrens „Wahlfreiheit für Gäste und Wirte – kein Rauchverbot in Berliner Gaststätten“ gemäß § 14 AbstG. Nachfolgend finden Sie den Gesetzentwurf der Initiative für Genuß Berlin, die zugehörige Begründung sowie in der Anlage die erforderlichen Unterstützungsunterschriften.

Gesetzentwurf der Initiative für Genuß Berlin:

Das Volk von Berlin hat das folgende Gesetz beschlossen, das hiermit verkündet wird:
Gesetz zur Änderung des Gesetzes zum Schutz vor den Gefahren des Passivrauchens in der Öffentlichkeit (Nichtraucherschutzgesetz NRSG) vom 8.11.2007

§ 1 Zweck des Gesetzes: Der Zweck des Gesetzes ist die Erhaltung der Wahlfreiheit für Gaststättenbesucher und –betreiber. Gaststätten sollen nicht unter das Rauchverbot im Sinne des Nichtraucherschutzgesetzes fallen.

§ 2 Änderungen: Das Nichtraucherschutzgesetz wird wie folgt geändert:

- 1a. § 2 (1) Ziffer 8 wird ersatzlos gestrichen.
- b. Die bisherige Ziffer 9 des § 2 (1) wird Ziffer 8.
- 2a. § 3 (7) wird ersatzlos gestrichen.
- b. Der bisherige Absatz (8) des § 3 wird Absatz (7).
- 3a. § 4 (3) wird ersatzlos gestrichen.
- b. Der bisherige Absatz (4) des § 4 wird Absatz (3). Der bisherige Absatz (5) des § 4 wird Absatz (4).
4. Nach § 4 (1) Ziffer 8 wird folgende Ziffer 9 eingefügt: „in Gaststätten nach § 1 des Gaststättengesetzes i.d.F. vom 20.11.1998 (BGBl I S. 3418), zuletzt geändert durch Artikel 149 der VO vom 31.10.2006 (BGBl I S. 2407).“
5. § 5 wird um folgenden Satz ergänzt: „Gaststätten sind im Eingangsbereich sichtbar danach zu kennzeichnen, ob der Betreiber das Rauchen zulässt oder nicht.“
6. In § 7 (1) Ziffer 2 werden die Worte „oder als Betreiberin oder Betreiber einer Gaststätte oder einer Vereinsgaststätte in Sporteinrichtungen“ ersatzlos gestrichen.

§ 3 Inkrafttreten: Dieses Gesetz tritt am Tag nach der Verkündung im Gesetz- und Verordnungsblatt für Berlin in Kraft.



Begründung:

Am 8. November 2007 wurde das Nichtraucherschutzgesetz für Berlin verabschiedet. Dieses Gesetz nimmt jedem Betreiber einer gastronomischen Einrichtung die selbständige und wirtschaftliche Entscheidung, ob er seine Gaststätte als Raucher- oder als Nichtraucherlokal führen will. Darüber hinaus nimmt dieses Gesetz auch den Gästen die Freiheit, sich bewußt für ein Raucher- oder ein Nichtraucherlokal zu entscheiden.

Die fehlende Wahlfreiheit der Gäste führt zu einem Wegbleiben vieler rauchender Gäste und dies zu einer existenziellen Bedrohung der Gaststätten und Kneipen. Die Gaststätten haben außer dem Reichen von Speisen und Getränken auch eine äußerst wichtige soziale Funktion, nämlich, der Anonymität in Großstädten und der sozialen Isolation von Bevölkerungskreisen entgegenzuwirken. Es gilt, diese sozialen Funktionen zu erhalten, indem den Gästen die Entscheidung überlassen wird, ein Raucher- oder Nichtraucherlokal aufzusuchen, und nicht durch rigide Verbotspolitik nur noch einer bestimmten Gästegruppe den unbeschweren und uneingeschränkten Lokalbesuch zu ermöglichen.

Nicht zuletzt gefährdet das negative Vorbild der nun vor den gastronomischen Einrichtungen rauchenden Gäste unsere Kinder und Jugendlichen.

Die Initiative für Genuß Berlin steht für die selbstbestimmte Wahlfreiheit von Gästen und Wirten sowie für ein gleichberechtigtes Miteinander von Nichtrauchern und Rauchern. Wir treten ein für eine vernünftige Regelung zum Rauchen in Gaststätten bei gleichzeitiger Kennzeichnungspflicht als Raucher- bzw. als Nichtraucherlokal.

Die Initiative für Genuß Berlin fordert deshalb eine Änderung der das Rauchen in Gaststätten betreffenden Paragraphen des am 8. November 2007 verabschiedeten Berliner Nichtraucherschutzgesetzes und beantragt hierzu die Einleitung eines Volksbegehrens.

Unterstützungsunterschriften:

Zur Unterstützung der Einleitung des Volksbegehrens übergeben wir Ihnen heute zusammen mit dem Antrag:

- 27.165 Unterstützungsunterschriften.

Die Unterstützungsunterschriften sind sortiert in:

- 12 Kartons zu je 2.000 Unterschriftsbögen und
- 1 Karton zu je 1.051 Unterschriftsbögen sowie
- 1 Karton zu je 2.114 Unterschriftsbögen.

Die Vertrauenspersonen bestätigen mit ihrer Unterschrift die vorstehenden Angaben.



Trägerin / Vertrauenspersonen:

Trägerin des Volksbegehrens ist die „Initiative für Genuß Berlin“, c/o Kneipe Kasiske, Schreinerstraße 50, 10247 Berlin. Weiterführende Informationen finden Sie unter www.genussinitiative-berlin.de.

Nachstehende fünf Vertrauenspersonen vertreten die Trägerin:

Detlef Petereit
Stresowstraße 3
13597 Berlin

Thoma Michel
Schreinerstraße 50
10247 Berlin

Kerstin Ackermann
Schreinerstraße 40
10247 Berlin


Marion Winter
Voigtstraße 35
10247 Berlin

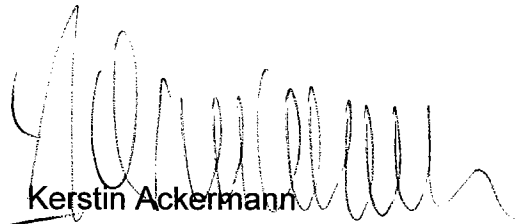
Ulrich Kasiske
Bänschstraße 40
10247 Berlin

Dieses Schreiben ist zweifach ausgefertigt. Bitte bestätigen Sie uns den Empfang der Ihnen übergebenen Dokumente auf der Zweitschrift.

Mit freundlichen Grüßen


Detlef Petereit


Thoma Michel


Kerstin Ackermann


Marion Winter


Ulrich Kasiske

Anlage: Unterstützungsunterschriften

Empfangsbestätigung:

27.165 Unterstützungsunterschriften erhalten:



Senatsverwaltung für Inneres von Berlin

Berlin, 30. April 2008

Unterschriftsbogen zum Antrag auf Zulassung eines Volksbegehrens für den Antrag des Trägers des Volksbegehrens



Initiative für Genuß Berlin (Sebastian Meskes (0176) 48 32 12 42, Thoma Michel (0176) 279 195 30)
Name
c/o Kneipe Kasiske, Schreinerstrasse 50, 10247 Berlin – Friedrichshain
Anschrift

Zur Einreichung bei der Senatsverwaltung für Inneres. Bitte senden Sie den Bogen an die oben genannte Anschrift.

genussinitiative-berlin.de

Antrag zum Volksbegehren

„Wahlfreiheit für Gäste und Wirte – kein Rauchverbot in Berliner Gaststätten“

Hiermit wird beantragt, das Volksbegehren „Wahlfreiheit für Gäste und Wirte – kein Rauchverbot in der Berliner Gastronomie“ zuzulassen. Es hat folgenden Wortlaut:

Das Volk von Berlin hat das folgende Gesetz beschlossen, das hiermit verkündet wird:

Gesetz zur Änderung des Gesetzes zum Schutz vor den Gefahren des Passivrauchens in der Öffentlichkeit (Nichtraucherschutzgesetz NRSG) vom 8.11.2007

§ 1 Zweck des Gesetzes: Der Zweck des Gesetzes ist die Erhaltung der Wahlfreiheit für Gaststättenbesucher und –betreiber. Gaststätten sollen nicht unter das Rauchverbot im Sinne des Nichtraucherschutzgesetzes fallen.

§ 2 Änderungen: Das Nichtraucherschutzgesetz wird wie folgt geändert:

- 1a. § 2 (1) Ziffer 8 wird ersatzlos gestrichen.
b. Die bisherige Ziffer 9 des § 2 (1) wird Ziffer 8.
2a. § 3 (7) wird ersatzlos gestrichen.
b. Der bisherige Absatz (8) des § 3 wird Absatz (7).
3a. § 4 (3) wird ersatzlos gestrichen.
b. Der bisherige Absatz (4) des § 4 wird Absatz (3). Der bisherige Absatz (5) des § 4 wird Absatz (4).
4. Nach § 4 (1) Ziffer 8 wird folgende Ziffer 9 eingefügt: „in Gaststätten nach § 1 des Gaststättengesetzes i.d.F. vom 20.11.1998 (BGBl I S. 3418), zuletzt geändert durch Artikel 149 der VO vom 31.10.2006 (BGBl I S. 2407).“
5. § 5 wird um folgenden Satz ergänzt: „Gaststätten sind im Eingangsbereich sichtbar danach zu kennzeichnen, ob der Betreiber das Rauchen zulässt oder nicht.“
6. In § 7 (1) Ziffer 2 werden die Worte „oder als Betreiberin oder Betreiber einer Gaststätte oder einer Vereinsgaststätte in Sporteinrichtungen“ ersatzlos gestrichen.

§ 3 Inkrafttreten: Dieses Gesetz tritt am Tag nach der Verkündung im Gesetz- und Verordnungsblatt für Berlin in Kraft.

Unterstützungsunterschrift Bitte vollständig und in Druckschrift ausfüllen.

Ich unterstütze hiermit durch meine persönliche und handschriftliche Unterzeichnung den Antrag auf Zulassung des Volksbegehrens:

Familienname
ggf. auch Geburtsname

Vorname(n) Geburtsdatum

Anschrift
Alleinige Wohnung oder Hauptwohnung in Berlin am Tag der Unterschriftsleistung

Mir ist bekannt, dass für mich eine Auskunft über die Unterschriftsberechtigung eingeholt wird.

Berlin, den lesbare Unterschrift

Wichtiger Hinweis: Unterschriftsberechtigt sind nur Personen, die am Tage der Unterzeichnung zum Abgeordnetenhaus von Berlin wahlberechtigt sind, d. h. alle Deutschen, die 18 Jahre alt, seit drei Monaten vor diesem Tag in Berlin mit alleiniger Wohnung oder mit Hauptwohnung angemeldet und nicht vom Wahlrecht ausgeschlossen sind. Personen, die nicht in einem Melderegister der Bundesrepublik Deutschland verzeichnet sind oder nicht seit drei Monaten vor dem Tag der Unterzeichnung im Melderegister in Berlin gemeldet sind, müssen mit der Unterzeichnung durch Versicherung an Eides Statt gegenüber dem Bezirkswahlamt glaubhaft machen, dass sie sich in den letzten drei Monaten überwiegend in Berlin aufgehalten haben. Bei unleserlichen, unvollständigen oder fehlerhaften Eintragungen gilt die Unterstützungsunterschrift als ungültig. Das gleiche gilt bei Eintragungen, die einen Zusatz oder Vorbehalt enthalten. Unterschriften, die früher als sechs Monate vor dem Eingang des Antrages bei der Senatsverwaltung für Inneres geleistet wurden, sind ungültig.

Nicht vom / von der Unterzeichner/in ausfüllen!

Amtliche Bescheinigung: Bezirksamt von Berlin – Bezirkswahlamt

Der / die Unterzeichner/in

- ist unterschriftsberechtigt
ist nicht unterschriftsberechtigt, weil

Begründung in Kurzform

Dienstsiegel Im Auftrag Unterschrift, Datum

Volksbegehren „Wahlfreiheit für Gäste und Wirte – kein Rauchverbot in Berliner Gaststätten“

- Ergebnis der Unterschriftenprüfung durch die Bezirke -

Bezirk	Anzahl der geprüften Unterstützungs- unterschriften	Anzahl der gültigen	Anzahl der ungültigen	ungültige in Prozent
1 Mitte	1.979	1.684	295	14,91 %
2 Friedrichshain-Kreuzberg	2.026	1.801	225	11,10 %
3 Pankow	4.182	3.199	983	23,51 %
4 Charlottenburg-Wilmersdorf	3.051	2.671	380	12,45 %
5 Spandau	2.008	1.686	322	16,04 %
6 Steglitz-Zehlendorf	2.033	1.760	273	13,43 %
7 Tempelhof-Schöneberg	2.009	1.767	242	12,05 %
8 Neukölln	2.057	1.748	309	15,02 %
9 Treptow-Köpenick	2.012	1.659	353	17,54 %
10 Marzahn-Hellersdorf	2.012	1.746	266	13,22 %
11 Lichtenberg	2.056	1.745	311	15,13 %
12 Reinickendorf	2.008	1.786	222	11,06 %
insgesamt	27.433	23.252	4.181	15,24 %

Anlage d

Gesetz über Volksinitiative, Volksbegehren und Volksentscheid (Abstimmungsgesetz – AbstG)

vom 11. Juni 1997 (GVBl. S. 304),
geändert durch Gesetz vom 20. Februar 2008 (GVBl. S. 22)

A u s z u g

Abschnitt II Volksbegehren

§ 10 Teilnahmerecht

Alle zum Abgeordnetenhaus von Berlin Wahlberechtigten können an einem Volksbegehren teilnehmen.

§ 11 Gegenstand

(1) Volksbegehren können darauf gerichtet werden, Gesetze zu erlassen, zu ändern oder aufzuheben, soweit das Land Berlin die Gesetzgebungskompetenz hat. Sie können darüber hinaus darauf gerichtet werden, im Rahmen der Entscheidungszuständigkeit des Abgeordnetenhauses zu Gegenständen der politischen Willensbildung, die Berlin betreffen, sonstige Beschlüsse zu fassen. Sie sind innerhalb einer Wahlperiode zu einem Thema nur einmal zulässig (Artikel 62 Abs. 1 der Verfassung von Berlin).

(2) Volksbegehren können auch auf die vorzeitige Beendigung der Wahlperiode des Abgeordnetenhauses gerichtet werden (Artikel 62 Abs. 6 der Verfassung von Berlin).

§ 12 Unzulässigkeit von Volksbegehren

(1) Volksbegehren zum Landeshaushaltsgesetz, zu Dienst- und Versorgungsbezügen, Abgaben, Tarifen der öffentlichen Unternehmen sowie Personalentscheidungen sind unzulässig (Artikel 62 Abs. 2 der Verfassung von Berlin).

(2) Volksbegehren zur vorzeitigen Beendigung der Wahlperiode des Abgeordnetenhauses sind unzulässig, wenn der Antrag auf Einleitung später als 46 Monate nach Beginn der Wahlperiode gestellt wird.

§ 13 Trägerin

Trägerin eines Volksbegehrens können eine natürliche Person, eine Mehrheit von Personen, eine Personenvereinigung oder eine Partei sein.

§ 14

Antrag

Der Antrag auf Einleitung eines Volksbegehrens ist mit dessen Wortlaut von der Trägerin schriftlich bei der für Inneres zuständigen Senatsverwaltung einzureichen. Richtet sich das Volksbegehren auf den Erlass, die Änderung oder die Aufhebung eines Gesetzes, so ist dem Antrag ein ausgearbeiteter, mit Gründen versehener Gesetzentwurf beizufügen. Die Trägerin kann eine eigene Schätzung der Kosten vorlegen.

§ 15

Unterschriften

(1) Zum Nachweis der Unterstützung bedarf der Antrag der Unterschrift von mindestens 20 000 im Zeitpunkt der Unterzeichnung zum Abgeordnetenhaus von Berlin Wahlberechtigten, im Falle eines Volksbegehrens zur Änderung der Verfassung von Berlin oder zur vorzeitigen Beendigung der Wahlperiode des Abgeordnetenhauses der Unterschrift von mindestens 50 000 im Zeitpunkt der Unterzeichnung zum Abgeordnetenhaus von Berlin Wahlberechtigten. Die Unterschriftsleistung muß innerhalb der letzten sechs Monate vor dem Eingang des Antrages bei der für Inneres zuständigen Senatsverwaltung erfolgt sein. Jede Unterschrift muss auf einer Unterschriftenliste oder einem gesonderten Unterschriftenbogen, auf der oder auf dem der Wortlaut der Vorlage oder ihr wesentlicher Inhalt in Kurzform einschließlich der amtlichen Kostenschätzung und auf Antrag der Trägerin auch deren eigene Kostenschätzung vorangestellt ist, erfolgen. Auf Antrag der Trägerin ist die Schätzung der Kosten, die sich aus der Verwirklichung der Vorlage ergeben würden, von der fachlich zuständigen Senatsverwaltung umgehend zu erstellen.

(2) Neben der Unterschrift müssen folgende Daten der unterzeichnenden Person angegeben sein:

1. Familiennamen,
2. Vornamen,
3. Geburtstag,
4. Wohnsitz mit Anschrift (alleinige Wohnung oder Hauptwohnung),
5. Tag der Unterschriftsleistung.

(3) Bei unleserlichen, unvollständigen oder fehlerhaften Eintragungen, die die unterzeichnende Person nicht zweifelsfrei erkennen lassen, gilt die Unterschrift als ungültig. Das gleiche gilt bei Eintragungen, die einen Zusatz oder Vorbehalt enthalten oder nicht fristgerecht erfolgt sind. Mit Telefax oder elektronisch übermittelte Unterschriften sind ungültig.

(4) Die Trägerin hat einheitliche Unterschriftenlisten und -bögen zu verwenden und diese auf ihre Kosten zu beschaffen.

(5) Eine unterstützungswillige Person, die nicht schreiben kann, erklärt ihre Unterstützung zur Niederschrift im Bezirksamt.

(6) Zum Nachweis des Stimmrechts müssen Personen, die nicht in einem Melderegister der Bundesrepublik Deutschland verzeichnet sind oder nicht seit drei Monaten vor dem Tag der Unterzeichnung in Berlin gemeldet sind, die Unterzeichnung im Bezirksamt vornehmen und durch Versicherung an Eides statt glaubhaft machen, dass sie sich in den letzten drei Monaten überwiegend in Berlin aufgehalten haben.

§ 16

Vertrauenspersonen

(1) Die Trägerin eines Volksbegehrens bestimmt fünf Vertrauenspersonen zu den Vertretern des Volksbegehrens. Die Vertrauenspersonen sind berechtigt, im Namen der Unterzeichner im Rahmen dieses Gesetzes verbindliche Erklärungen für die

Trägerin abzugeben und entgegenzunehmen. Erklärungen der Vertrauenspersonen sind nur verbindlich, wenn sie von mindestens drei Vertrauenspersonen abgegeben werden.

(2) In dem Antrag nach § 14 sind die Namen und der Wohnsitz mit Anschrift der Vertrauenspersonen aufzuführen.

§ 17

Prüfung des Antrags, Mitteilung an das Abgeordnetenhaus

(1) Die für Inneres zuständige Senatsverwaltung prüft mit Ausnahme der Zahl der gültigen Unterstützungsunterschriften die Zulässigkeitsvoraussetzungen des Artikels 62 Abs. 1, 2 und 6 der Verfassung von Berlin und der §§ 10 bis 16. Die Prüfung erfolgt innerhalb einer Frist von 15 Tagen nach Eingang des Antrages.

(2) Der Trägerin kann eine angemessene Frist zur Behebung festgestellter Zulässigkeitsmängel gesetzt werden, wenn ohne eine Änderung des Gegenstandes des Volksbegehrens eine Mängelbeseitigung möglich ist. Dies gilt nicht für die nach § 15 einzureichenden Unterschriften.

(3) Die für Inneres zuständige Senatsverwaltung leitet die Unterschriftslisten und -bögen den Bezirksamtern ohne Rücksicht auf deren örtliche Zuständigkeit für den Wohnsitz der eingetragenen Personen zur Überprüfung der Gültigkeit zu. Die Bezirksamter teilen der für Inneres zuständigen Senatsverwaltung innerhalb von 15 Tagen ab Eingang der Unterschriftslisten und -bögen bei ihnen die Zahl der gültigen Unterschriften mit.

(4) Das Ergebnis der Überprüfung teilt die für Inneres zuständige Senatsverwaltung der für das Volksbegehren fachlich zuständigen Senatsverwaltung mit, die dem Senat einen Beschlussvorschlag über dessen Standpunkt gegenüber dem Abgeordnetenhaus unterbreitet (Artikel 63 Abs. 3 Satz 1 der Verfassung von Berlin).

(5) Ist das Volksbegehren nach Artikel 62 Abs. 2 der Verfassung von Berlin unzulässig oder entspricht es nicht den Anforderungen der §§ 10 bis 16, so stellt der Senat dies durch Beschluss ausdrücklich fest. Die Entscheidung ist zu begründen und den Vertrauenspersonen und dem Abgeordnetenhaus mitzuteilen.

(6) Die Entscheidung des Senats über seinen Standpunkt zum Volksbegehren oder über die Unzulässigkeit des Volksbegehrens ist spätestens 15 Tage nach der Mitteilung der Bezirke über die Zahl der gültigen Unterschriften zu treffen.

(7) In der Mitteilung an das Abgeordnetenhaus ist darauf hinzuweisen, dass das Abgeordnetenhaus innerhalb einer Frist von vier Monaten entscheiden kann, den begehrten Entwurf eines Gesetzes oder eines sonstigen Beschlusses inhaltlich in seinem wesentlichen Bestand unverändert anzunehmen.

(8) Wenn das Abgeordnetenhaus das Begehren inhaltlich in seinem wesentlichen Bestand annimmt, hat es seine Entscheidung den Vertrauenspersonen und dem Senat mitzuteilen.

Anlage d

Verfassung von Berlin

vom 23. November 1995 (GVBl. S. 779),
zuletzt geändert durch Gesetz vom 6. Juli 2006 (GVBl. S. 710)

A u s z u g

Artikel 62

(1) Volksbegehren können darauf gerichtet werden, Gesetze zu erlassen, zu ändern oder aufzuheben, soweit das Land Berlin die Gesetzgebungskompetenz hat. Sie können darüber hinaus darauf gerichtet werden, im Rahmen der Entscheidungszuständigkeit des Abgeordnetenhauses zu Gegenständen der politischen Willensbildung, die Berlin betreffen, sonstige Beschlüsse zu fassen. Sie sind innerhalb einer Wahlperiode zu einem Thema nur einmal zulässig.

(2) Volksbegehren zum Landeshaushaltsgesetz, zu Dienst- und Versorgungsbezügen, Abgaben, Tarifen der öffentlichen Unternehmen sowie zu Personalentscheidungen sind unzulässig.

(3) Der dem Volksbegehren zugrundeliegende Entwurf eines Gesetzes oder eines sonstigen Beschlusses ist vom Senat unter Darlegung seines Standpunktes dem Abgeordnetenhaus zu unterbreiten, sobald der Nachweis der Unterstützung des Volksbegehrens erbracht ist. Auf Verlangen der Vertreter des Volksbegehrens ist das Volksbegehren durchzuführen, wenn das Abgeordnetenhaus den begehrten Entwurf eines Gesetzes oder eines sonstigen Beschlusses nicht innerhalb von vier Monaten inhaltlich in seinem wesentlichen Bestand unverändert annimmt.

(4) Ist ein Volksbegehren zustande gekommen, so muss innerhalb von vier Monaten ein Volksentscheid herbeigeführt werden. Die Frist kann auf bis zu acht Monate verlängert werden, wenn dadurch der Volksentscheid gemeinsam mit Wahlen oder mit anderen Volksentscheiden durchgeführt werden kann. Das Abgeordnetenhaus kann einen eigenen Entwurf eines Gesetzes oder eines sonstigen Beschlusses zur gleichzeitigen Abstimmung stellen. Der Volksentscheid unterbleibt, wenn das Abgeordnetenhaus den begehrten Entwurf eines Gesetzes oder eines sonstigen Beschlusses inhaltlich in seinem wesentlichen Bestand unverändert annimmt.

(5) Der Präsident des Abgeordnetenhauses fertigt das durch Volksentscheid zustande gekommene Gesetz aus; der Regierende Bürgermeister verkündet es im Gesetz- und Verordnungsblatt für Berlin.

(6) Volksbegehren können auch auf die vorzeitige Beendigung der Wahlperiode des Abgeordnetenhauses gerichtet werden.

Artikel 63

(1) Ein Volksbegehren, das einen Gesetzentwurf oder einen sonstigen Beschluss nach Artikel 62 Abs. 1 zum Gegenstand hat, bedarf zum Nachweis der Unterstützung der Unterschriften von mindestens 20 000 der zum Abgeordnetenhaus Wahlberechtigten. Es kommt zustande, wenn mindestens 7 vom Hundert der zum Abgeordnetenhaus Wahlberechtigten innerhalb von vier Monaten dem Volksbegehren zustimmt. Ein Gesetz oder ein sonstiger Beschluss nach Artikel 62 Abs. 1 ist durch Volksentscheid angenommen, wenn eine Mehrheit der Teilnehmer und zugleich mindestens ein Viertel der zum Abgeordnetenhaus Wahlberechtigten zustimmt.

(2) Ein Volksbegehren, das einen die Verfassung von Berlin ändernden Gesetzentwurf zum Gegenstand hat, bedarf zum Nachweis der Unterstützung der Unterschriften von mindestens 50 000 der zum Abgeordnetenhaus Wahlberechtigten. Es kommt zustande, wenn mindestens ein Fünftel der zum Abgeordnetenhaus Wahlberechtigten innerhalb von vier Monaten dem Volksbegehren zustimmt. Ein die Verfassung von Berlin änderndes Gesetz ist durch Volksentscheid angenommen, wenn eine Mehrheit von mindestens zwei Dritteln der Teilnehmer und zugleich mindestens die Hälfte der zum Abgeordnetenhaus Wahlberechtigten zustimmt.

(3) Ein Volksbegehren, das die vorzeitige Beendigung der Wahlperiode des Abgeordnetenhauses zum Gegenstand hat, bedarf zum Nachweis der Unterstützung der Unterschriften von mindestens 50 000 der zum Abgeordnetenhaus Wahlberechtigten. Es kommt zustande, wenn mindestens ein Fünftel der zum Abgeordnetenhaus Wahlberechtigten innerhalb von vier Monaten dem Volksbegehren zustimmt. Der Volksentscheid wird nur wirksam, wenn sich mindestens die Hälfte der Wahlberechtigten daran beteiligt und die Mehrheit der Teilnehmer zustimmt.

(4) Das Nähere zum Volksbegehren und zum Volksentscheid, einschließlich der Veröffentlichung des dem Volksentscheid zugrunde liegenden Vorschlags, wird durch Gesetz geregelt.